

profil, 25. Mai 2007, Selbständige. Während die Politik mittelständische Betriebe umwirbt, wurden Einzelunternehmen bisher vernachlässigt. Sie stöhnen unter Abgabenquoten, die das Leben rasch zum Existenzkampf machen. Gabriele Rabl

klein- und mittelbetriebe extra

Die Einzelkämpfer

Selbstständige. Während die Politik mittelständische Betriebe umwirbt, wurden Einzelunternehmer bisher vernachlässigt. Sie stöhnen unter Abgabenquoten, die das Leben rasch zum Existenzkampf machen. Von Gabriele Rabl

Es ist ein Ritual: Jedes Jahr präsentieren Vertreter der Wirtschaftskammer die jeweils jüngsten Zahlen neu gegründeter Unternehmen, stets mit dem Zusatz, dass es sich um einen neuerlichen Rekord handle. Zwar monieren Kritiker ebenso regelmäßig, dass die Anzahl der Firmen im engeren Sinn – also vor allem jene der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und der Aktiengesellschaften – mit rund 3500 relativ gering und ziemlich konstant sei. Doch in einer Hinsicht sind die Jubelmeldungen berechtigt: Die Zahl der Einzelunternehmer, auch Ein-Personen-Unternehmen oder kurz EPUs genannt, wächst tatsächlich beständig und übersteigt jene der traditionellen Betriebe bei Weitem. Mehr als 25.000 der 31.000 neu gegründeten Firmen des Jahres 2005 fielen in diese Kategorie. Zehn Jahre zuvor waren es nicht einmal 10.000 gewesen.

Der Anteil dieser Selbstständigen an allen Mitgliedern der Wirtschaftskammer ist ebenfalls beachtlich: Fast 198.000 der knapp 368.000 derart registrierten Wirtschaftstreibenden sind Einzelunternehmer – immerhin fast 54 Prozent. Auf anderen Definitionen fußende Berechnungen beziffern den EPU-Anteil mit Werten zwischen 46 und 55 Prozent. Über die Umsätze dieses Segments liegen vorerst zwar keine verlässlichen Erhebungen vor. Reinhold Mitterlehner, Generalsekretär-Stellvertreter der Wirtschaftskammer, schätzte im

Preis der Selbstständigkeit

Was bei drei hypothetischen Umsatzgrößen nach Abzug der Abgaben im Schnitt übrig bleibt

Umsatz	25.000,00
Betriebsausgaben	-5.000,00
Zwischensumme vor Sozialversicherung	20.000,00
Sozialversicherung	-5.009,76
davon: Pensionsversicherung 15,50%	-3.100,00
Krankenversicherung 9,10%	-1.820,00
Unfallversicherung fix	-89,76
Gewinn vor Steuer	14.990,24
Einkommensteuer	-1.893,93
Gewinn nach Steuer	13.096,31
Umsatz	50.000,00
Betriebsausgaben	-3.000,00
Zwischensumme vor Sozialversicherung	47.000,00
Sozialversicherung	-10.421,76
davon: Pensionsversicherung 15,50%	-6.510,00
Krankenversicherung 9,10%	-3.822,00
Unfallversicherung fix	-89,76
Gewinn vor Steuer	31.578,24
Einkommensteuer	-8.591,70
Gewinn nach Steuer	22.986,54
Umsatz	75.000,00
Betriebsausgaben	-10.000,00
Zwischensumme vor Sozialversicherung	65.000,00
Sozialversicherung	-13.314,72
davon: Pensionsversicherung 15,50%	-8.332,80
Krankenversicherung 9,10%	-4.892,16
Unfallversicherung fix	-89,76
Gewinn vor Steuer	51.695,28
Einkommensteuer	-17.427,64
Gewinn nach Steuer	34.267,64

Quelle: Witter & Fritzer-Studienbüro

profi/Infrastrukt

Vorjahr, dass Ein-Personen-Unternehmen rund zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beitragen.

Umso erstaunlicher eigentlich, dass die wachsende Schar dieser ökonomischen Einzelkämpfer am Radar der öffentlichen Wahrnehmung bisher kaum auftauchte – ganz im Gegensatz zum Beispiel zu mittelständischen Betrieben, deren Förderung eines der zentralen Postulate jeder Regierung ist. Und erst recht im Gegensatz zu den klassischen unselbstständig Beschäftigten, deren Anliegen von Politikern wie auch von traditionell mächtigen Lobbys ventiliert werden. Nach dem Begriff EPU sucht man im Regierungsprogramm dagegen vergeblich.

Kaum beachtet. Erst in jüngster Zeit scheint sich die Politik damit auseinanderzusetzen, dass eine mittlerweile gewaltige Zahl an Erwerbstätigen sowie deren spezifische Situation im Wirtschaftsleben lange kaum beachtet wurden. So räumte zwar der frühere Vizekanzler Hubert Gorbach im Vorjahr gegenüber profil ein (profil 13/2006), dass Freiberufler, Einnahmen-Ausgaben-Rechner und die so genannten Ich-AGs „besonders behandelt“ und „sicherlich gut berücksichtigt“ werden müssten – freilich erst auf den Vorhalt, dass dies bei der damals groß angekündigten „KMU-Offensive“ kein Thema sei. Mitte Oktober des Vorjahres wiederum ließ ▶



Unternehmerin Horak „An einen Unfall oder eine längere Erkrankung denke ich erst gar nicht“

Mitterlehner an die Adresse der Grünen Wirtschaft ausrichten, EPUs seien nach den Wahlen in die „Prioritätenfestlegung“ der Kammer aufgenommen worden. Einige Wochen zuvor hatten allerdings die Grünen ein Zehn-Punkte-Programm zur Unterstützung und Förderung von Ein-Personen-Unternehmen präsentiert.

Immerhin meinte Mitterlehner: „Die Wirtschaftskammer muss umdenken. Statt

der bisher vorherrschenden Arbeitgeberorientierung muss ein neues Querschnittsdenken kommen.“ Auch in Forderungen der Länderkammern ist inzwischen die Erkenntnis festgehalten, dass diese Kammermitglieder besonderer Unterstützung bedürften – aufgrund von Faktoren wie überdurchschnittlicher Arbeitsleistung, hohem Kostendruck durch Sozialversicherungsträger und Einkommensteuer sowie man-

gelnder sozialer Absicherung. Unternehmer wie Ursula Horak, die seit 1986 als Unternehmensberaterin tätig ist, können dies nur bestätigen. „Ich bin im Jahr maximal zwei Tage wirklich krank“, sagt Horak. „An einen Unfall oder eine länger dauernde Erkrankung denke ich erst gar nicht.“ Eine Zusatzkranken- oder Betriebsausfallversicherung will und kann sie sich gar nicht leisten. Sie hält schon die Beiträge ►



„Einkommen und Arbeitszeit stehen bei den Selbstständigen in keinem gesunden Verhältnis. Sie haben die unternehmerische Freiheit mit viel Einkommensverzicht erkaufte“
Volker Plass, Grüne Wirtschaft



„Wenn jemand nicht die unselbstständige Arbeit am Markt findet, die seiner Vorstellung entspricht, drängt man ihn deshalb noch lange nicht in die Selbstständigkeit“
Brigitte Jank, Wirtschaftskammer

zur gesetzlichen Sozialversicherung für eine enorme Belastung. „Hat man ein wirtschaftlich schlechtes Jahr, ist es schwierig, die Forderungen zu begleichen“, berichtet Horak. „Und wenn ein Jahr gut läuft, benötige ich die Einnahmen für Investitionen und kann sie nicht weglegen.“

Verschärft wird die Tatsache, dass etwa Softwareprogrammierer oder Grafiker, die häufig im Kabinett ihrer Privatwohnung werken und oft mehr als 1000 Euro pro Monat für ihre Sozialversicherung abliefern, durch zusätzliche 20 Prozent Selbst-

behalt belastet sind, die, so Horak, „ja von Arbeitnehmern nicht einbehalten werden“.

Freilich: Kaum ein Freiberufler mag derartige Berichte als Lamento über eine grundsätzlich triste Berufssituation interpretiert wissen. „EPU's sind keine Opfer, die man aus ihrer misslichen Lage befreien müsste“, sagt Volker Plass, Bundessprecher der Grünen Wirtschaft. „Der Großteil von ihnen will ja auf diese Weise tätig sein. Aber es muss in die Köpfe der Menschen hinein, dass diese Leute einen wesentlichen Faktor in der Volkswirtschaft ausmachen.“

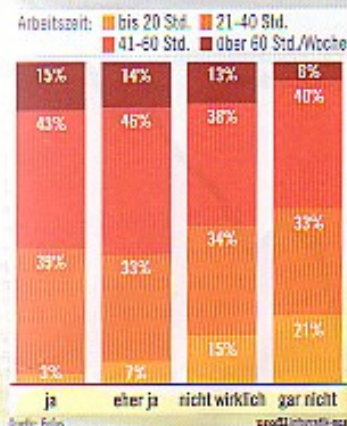
Allmählich scheint dies wenigstens auf informeller Ebene Beachtung zu finden. „Die Wirtschaftskammer hat seit einem Jahr in jedem Bundesland einen EPU-Bauftraggeber, um diesen Unternehmerkreis zu servieren und Lobbying zu betreiben“, berichtet Gernot Schödl, EPU-Bauftraggeber der Wirtschaftskammer. Direkten Kontakt gibt es für den Einzelnen freilich nicht. „Wir planen aber eine Hotline“, verspricht Schödl. Der Verein Fofos (Forum zur Förderung der Selbstständigkeit) will sich indes zu einer richtigen Interessenvertretung entwickeln. Seit dem Jahr 2000 ist Fofos-Geschäftsführerin Martin Schubert unterwegs, um spezielle Produkte und Dienstleistungen für ihre Klienten anzubieten. Sie versteht den Verein „als Netzwerk, das auch zur Bewusstseinsbildung beitragen möchte, weil EPU's erst zu nehmende Betriebe im österreichischen Wirtschaftsgefüge darstellen“.

Bewusst gewählt. Im Rahmen des EU-Projekts „Self-Employment 2006“ hat der Verein 337 österreichische Ein-Personen-Unternehmen befragt und einige grundsätzliche Angaben zu deren Selbstverständnis eingesammelt. Zunächst: Die meisten Einzelunternehmer haben ihre Beschäftigungsform ganz bewusst gewählt und sind keineswegs bloß verhinderte Angestellte, die über viel Arbeit, wenig Freizeit und noch weniger soziale Sicherung lamentieren. Im Gegenteil: Der eigene Chef zu sein wird als wesentlichster Vorteil gesehen, gefolgt von den neuen Herausforderungen als Unternehmer.

Seit vier Jahren lehrt zum Beispiel der Psychologe und Psychotherapeut Nico Gruninger seine Klienten, wie man in Entspannungsübungen körperlich und geistig Stress abbaut. Er bestätigt die Umfrageergebnisse. „Ich kann mir die Zeit einteilen, meine eigenen Ideen verwirklichen und muss mich nicht mit Hierarchien am Arbeitsplatz auseinandersetzen“, Gruninger, der seine Dienste unter dem Label „chi-works“ anbietet. „Diese Lebens- und Arbeitsform möchte ich nicht missen.“ Das Geschäftsrisiko allein zu tragen fällt Gruninger nicht allzu schwer, denn die Vor- und Nachteile eines EE hat er schon im Kindesalter miterlebt. „Mein Vater war als Kaufmann ebenfalls EPU. Trotzdem bin ich nicht blind für Unternehmertum eingestiegen. Ich habe vor der Gründung meines Betriebs eine Marktstudie gemacht und die Diplomarbeit auf meine jetzige Tätigkeit fokussiert.“

Leistung und Lohn

Antworten auf die Frage, ob das Einkommen als zufrieden stellend empfunden wird.

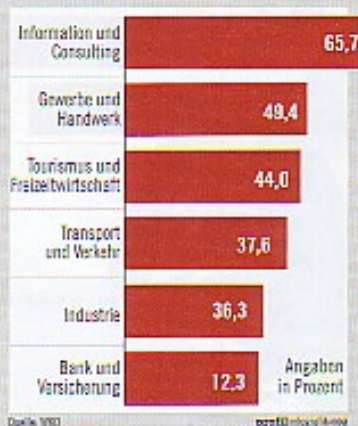


Auch die landläufige Meinung, dass die meisten Ein-Personen-Unternehmer in diese Arbeitsweise gedrängt werden, wird durch Studien kaum erhärtet. So gaben von 300 befragten EPU's – in Wien gibt es rund 41.000 solche bei der Kammer registrierte Unternehmen – 62 Prozent an, wegen interessanter Marktchancen begonnen zu haben, nur 25 Prozent konnten keine geeignete unselbstständige Tätigkeit finden. Brigitte Jank, Präsidentin der Wiener Wirtschaftskammer, glaubt: „Wenn jemand nicht die unselbstständige Arbeit am Markt findet, die seiner Qualifikation und Vorstellung entspricht, drängt man ihn deshalb noch lange nicht in die Selbstständigkeit. Es bleibt trotzdem eine freie Entscheidung.“ Nur 15 Prozent gaben in dieser Studie an, definitiv in die Selbstständigkeit gedrängt worden zu sein. Dieser Prozentsatz korrespondiert mit Ergebnissen einer weiteren Untersuchung: Eine Studie des Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft (IBW) etwa zeigte, dass 19 Prozent vor der Unternehmensgründung arbeitslos waren – hingegen mehr als 50 Prozent aus einem Angestelltenverhältnis heraus ihr Unternehmen gründeten.

Working Poor. Wenn die Selbstständigen Probleme heklagen, dann sind es im Regelfall kaum beeinflussbare strukturelle Defizite, welche – vielfach unabhängig von Leistung und Arbeitseinsatz – die finanzielle Situation beeinträchtigen. „Das Einkommen und die Arbeitszeit stehen bei vielen in keinem gesunden Verhältnis“,

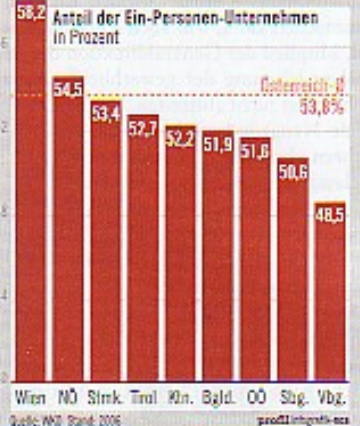
Das Branchen-Ranking

Der Anteil an Ein-Personen-Unternehmen in verschiedenen Berufssparten in Österreich.



Der Bundesländer-Vergleich

In Wien ist der Anteil der Einzelunternehmen an allen Wirtschaftstreibern am höchsten.



konstatiert Plass. „Sie haben ihre unternehmerische Freiheit mit viel Einkommensverzicht erkaufte.“ Umfrageergebnisse von Fofos ergaben, dass 39 Prozent jener Personen, deren wöchentliche Arbeitszeit bei 41 bis 60 Stunden liegt, der Meinung sind, dadurch kein wirklich ausreichendes Einkommen erwirtschaften zu können. „Es hat lange gedauert, bis das Einkommen und die aufgewandte Arbeitszeit in einem zufrieden stellenden Verhältnis standen“, bestätigt Therapeut Gruninger. Und der bei der Wiener Steuerberatungskanzlei Hübner & Hübner auf freie Berufe spezialisierte Steuerberater Andreas Röhlin beobachtet, „dass eine nicht unerhebliche Zahl der Einzelkämpfer dahin-

grundet, oft in einer 40-Quadrat-Meter-Wohnung, wodurch diese Leute beispielsweise auch kein Anrecht auf Abschreibung eines Arbeitszimmers haben.“

Hauptproblem ist freilich die grundsätzlich enorme Abgabenquote, die in teils krassem Widerspruch zu jener anderer Berufsgruppen steht. Während protokollierte Firmen mit einer 25-prozentigen Körperschaftsteuer und überdies mit allerlei steuerschonenden Zusatzregelungen belohnt wurden, können Einzelunternehmer nach wie vor in die 50-Prozent-Klasse fallen – ohne die meisten zusätzlichen Begünstigungen in Anspruch zu nehmen, weil diese zum Beispiel nur dann gelten, wenn Bilanzen gelegt werden.

Dabei erachten viele Freiberufler die Steuerlast gar nicht als das gravierendste Problem. Am Ende einer von der Plattform Fofos organisierten Veranstaltung kamen die Teilnehmer zum Schluss, dass die Zahlungen an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft am meisten schmerzen. „Unter den 130 Teilnehmern haben wir Ideen gesammelt, wie den Unternehmern geholfen werden kann“, berichtet Fofos-Geschäftsführerin Schubert. Ergebnis: Entlastung bei der Sozialversicherung, mehr Transparenz bei den Beitragsvorschriften sowie Anpassung der Selbstbehalte an das Einkommen. Auch Jank plädiert für eine Senkung der Krankenversicherungsbeiträge auf das Niveau der Unselbstständigen, „wobei der frei werdende Betrag in eine zusätzliche Pensionssäule eingebracht werden sollte.“

Kosmetikerin van Gils „Mein Laden ist so klein, dass man zu zweit gar nicht arbeiten könnte“

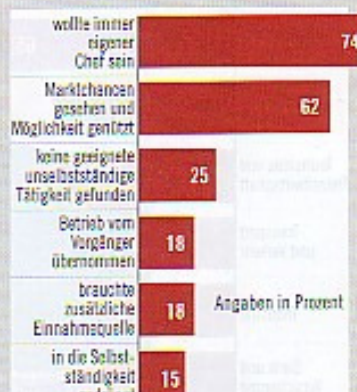


Dass vor allem die Nachbemessung der Pensions- und Krankenversicherung – also die gefürchtete spätere Anpassung der Beiträge auf Basis des erwirtschafteten Einkommens – einen „großen Brocken“ ausmachen kann, will auch Michael Mussil, Mitglied der Generaldirektion der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft, gar nicht abstreiten. „Es ist aber für viele Neugründer wichtig, in den ersten Jahren eben mit nur niedrigen Beiträgen belastet zu werden“, meint Mussil. „Wir bieten den Versicherten außerdem viel Information über die Berechnung. Die Leute können auch in einem persönlichen Beratungsgespräch eruiieren, wie sie in den nächsten Monaten oder Jahren die Versicherungsbeiträge kalkulieren müssen.“ Dennoch bestätigt Mussil: „Das System ist nicht ganz einfach. Zu verstehen ist es trotzdem, man muss sich eben informieren und dafür Zeit nehmen, das gehört einfach zum Unternehmertum dazu.“

Kostendruck. Allerdings: Auch ohne Nachbemessungen sind die Beiträge hoch genug – und selbst die sorgfältigste Information über die Berechnungsmodalitäten führt eben genau zu der Erkenntnis, dass man allein für diesen Posten rasch 12.000 Euro pro Jahr abbliefert, Selbstbehalte noch gar nicht inkludiert. Rechnet man Einkommensteuern, Miet-, Energie- und Telekomkosten sowie diverse Bürokosten hinzu, bezahlen Freiberufler flugs 30.000 bis 35.000 Euro dafür, dass sie zumeist auch an Wochenenden und Feiertagen ar-

Motiv Selbstbestimmung

Die wichtigsten Gründe für den Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit.



Quelle: IMA Forschung Austria/WK Wien Studie 2006 proff! integrativ

beiten dürfen, im Krankheitsfall kein Einkommen erwirtschaften und im Fall von Auftragsverlusten über keinerlei soziale Abfederung verfügen. Die Abgabenquote beläuft sich nicht selten auf mehr als 60 Prozent der Umsätze.

Woher Steuerberater Röthlin in Bezug auf die beiden größten Brocken, nämlich Steuer und Sozialversicherung, einen kleinen praktikablen Tipp weiß: „Zeichnet sich ein gutes Jahr ab, kann man noch im Dezember eine Akontozahlung an die Sozialversicherung tätigen und diese als steuersparende Betriebsausgabe fürs laufende

Rasanter Anstieg

Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Zahl der Einzelunternehmer mehr als verdoppelt.



Jahr geltend machen“, so Röthlin. „I eingezahlte Guthaben geht ja nicht verloren.“

Jenen Unternehmern, die durch Krankheit vorübergehend pausieren müssen, Jank übrigens gerne zur Inanspruchnahme der seit dem Vorjahr verfügbaren Betriebsmittel: Kammernmitglieder, die mehr als Tage durch Krankheit ausfallen und die jährliche Gesamteinkünfte 16.592 Euro nicht übersteigen, können für maximal Tage eine Aushilfe bei der Kammer befragen. „Diese kümmert sich in dieser Zeit um das Telefon oder die Post des Erkrankten“, berichtet Jank. Wie bei verschiedenen Services für Unternehmer fällt schließlich auch hier auf: Als Begünstigte kommen bloß Personen mit einer nicht geräuschvollen Einkommensobergrenze infrage. Wer indes einigermaßen attraktive Summen erwirtschaftet, bleibt auf sich selbst gestellt.

Was die meisten Freiberufler nicht kennen, ist eine personelle Erweiterung ihres Betriebes. Eine Befragung der Wirtschaftskammer Wien ergab, dass gerade Prozent der EPU's vorhaben, Mitarbeiter einzustellen. „Mein Geschäft ist so klein, dass man zu zweit gar nicht darin arbeiten könnte“, meint etwa die Wiener Natkosmetikerin Sabine van Gils. Auch T.rapeut Gruninger sieht keinen Grund, Personalstand zu erhöhen: „Das hätte meinem Bereich wenig Sinn. Meine Dienstleistung ist so speziell, dass ich jemanden einschulen müsste, das rechne ich nicht.“



„Das System ist nicht ganz einfach. Zu verstehen ist es trotzdem, man muss sich eben informieren. Das gehört zum Unternehmertum dazu.“
Michael Mussil, Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft